



# EESC Info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

April 2023 | DE

Available Languages:

ES	BG	CS	DA	EN	DE	ET	FR	EL	GA	HR	IT	LV	LT	HU	MT
NL	PL	PT	FI	RO	SK	SL	SV								

## GRUSSWORT



## Grußwort

### **Auf dem Weg zur Neubesetzung**

Liebe Leserinnen und Leser,

es war mir eine große Freude und Ehre, den EWSA in dieser zweieinhalbjährigen Mandatsperiode zu vertreten. Allen Herausforderungen zum Trotz haben wir zusammen daran gearbeitet, ein wirtschaftlich florierendes, sozial inklusives und ökologisch nachhaltiges Europa zu gestalten. Dabei mussten wir einer Reihe von Prüfungen standhalten, wie etwa der COVID-19-Pandemie und der grundlosen und ungerechtfertigten Aggression Russlands gegen die Ukraine – mit all ihren sozioökonomischen Folgen. Wir haben uns zudem bemüht, die Energiekrise und die hohe Inflation zu bewältigen sowie Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern.

An dieser Stelle möchte ich allerdings nicht die Erfolge unserer kollektiven Anstrengungen der letzten 30 Monate Revue passieren lassen. Auf der Plenartagung zur Neubesetzung im April, zu der ich Sie herzlich einlade, wird es Gelegenheit geben, ebendiese Erfolge darzustellen. Bitte konsultieren Sie auch diese Broschüre, in der die meisten davon aufgelistet werden. Während meiner Präsidentschaft habe ich viel Unterstützung

und Anerkennung für die eingeleiteten und umgesetzten Initiativen erhalten. Ich werde diese Zeit immer in guter Erinnerung behalten.

Jetzt aber ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen. Zunächst lässt sich festhalten, dass wir voneinander gelernt haben. Wir haben erfahren, dass Veränderungen dank eines starken Engagements möglich sind, dass unser Ausschuss trotz unserer Unterschiedlichkeit Herausragendes leisten kann und wir gemeinsam viel mehr erreichen können als im Alleingang.

Ich möchte mich bei den Mitgliedern und Bediensteten des EWSA für ihren Einsatz und die Unterstützung während meiner gesamten Präsidentschaft bedanken. Gemeinsam haben wir echte Dialoge angestoßen, um die Stimme der organisierten Zivilgesellschaft im EU-Politikgestaltungsprozess weiter zu stärken. Wir dürfen in unserem Engagement nicht nachlassen. In der letzten Ausgabe von EWSA info unter meiner Präsidentschaft erfahren Sie mehr über einige unserer jüngsten Stellungnahmen und Veranstaltungen. Ich lade Sie herzlich ein, EWSA info auch in Zukunft zu lesen.

Meinem Nachfolger möchte ich an dieser Stelle noch zahlreiche positive Erfahrungen und viel Erfolg wünschen.

Ich danke Ihnen allen. Gemeinsam für die Zukunft Europas!

**Christa Schweng**

**Präsidentin des EWSA**

# BITTE VORMERKEN

## **6. Mai 2023, Brüssel**

Tag der offenen Tür der EU

## **8. Juni 2023, Brüssel**

Tag der Europäischen Bürgerinitiative

## **14./15. Juni 2023, Brüssel**

EWSA-Plenartagung



## ZUR SACHE

In unserer Kolumne „Zur Sache“ bitten wir EWSA-Mitglieder, Kernpunkte ihrer Stellungnahmen zu erläutern. In dieser Ausgabe geht Felipe Medina Martín auf die in seiner Stellungnahme behandelten Maßnahmen ein, die zu einem besseren Funktionieren des Binnenmarkts beitragen können. Seine Stellungnahme „30 Jahre Binnenmarkt: weitere Verbesserung der Funktionsweise“ wird auf der Plenartagung im April

vorgelegt. (ehp)



## FELIPE MEDINA: 30 JAHRE BINNENMARKT, EINE KRITISCHE ÜBERPRÜFUNG DURCH DEN EWSA

**Die Europäische Union feiert 30 Jahre Binnenmarkt. Der Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) beschäftigt sich aus diesem Anlass in der Stellungnahme „30 Jahre Binnenmarkt: weitere Verbesserung der Funktionsweise“ eingehend mit diesem Thema. Der Binnenmarkt ist zwar ein großer Erfolg, bedarf jedoch „einer kritischen Überprüfung und weiterer Verbesserungen [...] im Hinblick [...] auf die neuen Herausforderungen“.**

Das Leitmotiv der Stellungnahme lautet „Wettbewerbsfähigkeit“. Der EWSA betont, dass gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen sichergestellt werden müssen, „indem Wachstum und faire Wettbewerbsfähigkeit gefördert und ein unternehmens- und sozialfreundliches Umfeld geschaffen werden.“ Besonders besorgniserregend ist „das zunehmende Aufkommen nationaler Regulierungsinitiativen, die vor der Veröffentlichung europäischer Initiativen in Kraft treten und dann die Harmonisierung der Vorschriften“ und die tägliche Arbeit der Unternehmen erschweren.

Auch muss dringend sichergestellt werden, dass alle neuen Bestimmungen den Wettbewerbsfähigkeitstest bestehen und die Qualität der Rechtsvorschriften in Europa und den Mitgliedstaaten verbessert wird. Dabei müssen überflüssige oder verwirrende Rechtsvorschriften, die Unsicherheit bei den Marktteilnehmern hervorrufen und dadurch unter anderem zur Fragmentierung des europäischen Binnenmarkts führen können, so weit wie möglich vermieden werden. Um die Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten, ist es zudem wichtig, die Freizügigkeit von Personen und Arbeitnehmern in den Vordergrund zu stellen, „eine robuste und ehrgeizige Digitalpolitik“ voranzutreiben, einen praktischen und realistischen Ansatz im Hinblick auf die Prioritäten des Grünen Deals zu verfolgen und die Anwendung der Instrumente zur Überwachung und Kontrolle der Funktionsweise des Binnenmarktes zu verbessern.

Für den EWSA sind Einkaufsallianzen in vielen Branchen ein Beispiel für bewährte Verfahren zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit. Einigen Branchen, wie beispielsweise dem Einzel- und Großhandel, ist es gelungen, sich auf europäischer Ebene zusammenzuschließen und dadurch stärker zu werden. „Die Einzel- und Großhandelssektoren verkörpern dank Einkaufsallianzen und des Binnenmarkts den Geist und die unbestreitbaren Vorteile des Binnenmarkts zum täglichen Vorteil der europäischen Verbraucher.“

---

## EINE FRAGE AN ...



## Eine Frage an ...

In unserer Rubrik „Eine Frage an ...“ bitten wir EWSA-Mitglieder, wichtige Punkte ihrer Stellungnahmen zu erläutern. Bei uns zu Gast ist **Ozlem Yildirim**, die wir zu ihrer auf der April-Plenartagung zur Verabschiedung anstehenden Stellungnahme „Das Recht auf eine gesunde Umwelt in der Europäischen Union, insbesondere vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine“ befragt haben.



## Ozlem Yildirim: Umweltschutz ist unverzichtbar!

**„Das Recht auf eine gesunde Umwelt ist für das soziale und wirtschaftliche Wohlergehen der Menschen in Europa und weltweit von entscheidender Bedeutung. Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zufolge hängen nämlich etwa 40 % der Arbeitsplätze weltweit von einem gesunden Klima ab. Die EU hat zwar zahlreiche Rechtsvorschriften erlassen, deren Umsetzung bleibt jedoch oftmals lückenhaft. Daher fordert der EWSA mehr Anstrengungen, um die bestehenden Rechtsinstrumente deutlich wirksamer zu gestalten.“**

Im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und deren künftigen EU-Beitritt ist es heute wichtiger denn je, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten das Recht auf eine gesunde Umwelt umsetzen. Der EWSA betont, dass mit Blick auf den Schutz der Grundrechte innerhalb

und außerhalb der EU dringend auf eine Verbesserung des Umweltschutzes hingearbeitet werden muss. Die schweren Umweltschäden infolge des Ukraine-Krieges machen dies umso unerlässlicher.

Der EWSA warnt insbesondere vor einer Schädigung der körperlichen und geistigen Gesundheit des Menschen, einem Ökosystemabbau, Luft- und Wasserverschmutzung sowie einer Kontamination der Böden und weist insbesondere auf die Fragilität der weltweiten Ernährungssicherheit hin. Er ist der Auffassung, dass das Vorgehen Russlands einem Ökozid gleichkommt, und fordert daher, diesen „Ökozid“ nach EU-Recht als Straftat einzustufen.

Schließlich betont der EWSA, dass diese Auswirkungen dokumentiert, erfasst und gemessen werden müssen, um für einen rechtlichen Schutz der Umwelt zu sorgen, eine Rechenschaftspflicht zu gewährleisten sowie die Grundlagen für einen umweltfreundlichen und sozial gerechten Wiederaufbau nach Kriegsende zu schaffen.

---

## UNSER ÜBERRASCHUNGSGAST



### Überraschungsgast

In unserer Rubrik „Überraschungsgast“ meldet sich **Diandra Ní Bhuachalla** zu Wort, die den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss als EWSA-Jugenddelegierte auf den COP-Gipfeltreffen 2023 und 2024 vertreten wird.

---



## Diandra Ní Bhuachalla – EWSA-Jugenddelegierte für die COP 28

**Diandra Ní Bhuachalla setzte sich als UN-Jugenddelegierte für Irland 2021-2022 vor allem für die Gleichstellung der Geschlechter, Klimagerechtigkeit sowie Frieden und Sicherheit ein, nachdem sie sich in den vorangegangenen 11 Jahren auf lokaler und nationaler Ebene engagiert hatte. Als Koordinatorin für Jugenddelegiertenprogramme im Youth2030-Team des irischen Jugendrates arbeitet sie aktiv mit der Jugendabteilung des Europäischen Netzes für nachhaltige Entwicklung (ESDN) und dem *Chatham House Common Futures Conversations-Programm* zusammen. Kürzlich wurde sie von *Foundations for Tomorrow* und dem Büro des walisischen *Future Generations Commissioner* zur *Future Generations Global Ambassador* ernannt.**

Diandra besitzt einen Bachelorabschluss in Politik, einen Abschluss in Jura sowie einen Master in internationaler Politik und Diplomatie vom *University College Cork*.

**EWSA info: Wie sehen Sie Ihre Rolle im EWSA und insbesondere als Jugenddelegierte auf der COP 28? Was wollen Sie in die Debatte über den Klimawandel einbringen?**

**Diandra Ní Bhuachalla:** „Als EWSA-Jugenddelegierte für die COP bis 2025 betrachte ich meine Rolle als wesentlich, wenn es darum geht, wirklich repräsentativ und inklusiv zu sein.

Ein anhaltendes Problem, vor dem viele Interessenträger bei der internationalen Entscheidungsfindung und Politikgestaltung stehen, ist Ausgrenzung – und das ist etwas, was junge Menschen nur zu gut kennen und fühlen. Trotz der Tatsache, dass wir Veränderungen im Klimaschutz

vorantreiben und über eine einzigartige Kombination realer Erfahrungen verfügen, sagt man uns oft, dass wir aufgrund unseres Alters das alles nicht wirklich verstehen und uns darum auch keine fundierte Meinung bilden können. Diese Diskriminierung kann noch extremer ausfallen, wenn ethnische Herkunft, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Kultur usw. ins Spiel kommen.

Je länger dieser Versuch, uns zum Schweigen zu bringen, andauert, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass junge Menschen sich resigniert abwenden. Wer wird dann die Menschen und den Planeten noch retten können? Welche erfahrenen und motivierten Führungspersönlichkeiten werden die Dinge bis zum Jahr 2050 lenken, wenn die wirklich schwierigen Entscheidungen getroffen werden müssen? Die unzähligen jungen Menschen, die in den letzten Jahren an der COP teilnahmen, haben darauf hingewiesen, dass ihre wichtigsten Erkenntnisse und die engsten Beziehungen außerhalb der Verhandlungsräume zustande gekommen sind. Dies liegt an den bestehenden Verfahren, die – unabsichtlich oder sogar gewollt – zu Ausgrenzung führen. Zur Bekämpfung des Klimawandels brauchen wir jede Stimme und jede Idee, um solidarisch zusammenstehen zu können. Nachhaltige und wirksame Klimaschutzmaßnahmen hängen davon ab, ob vernachlässigte Gruppen von Menschen sich ebenfalls einbringen können. Erst dann können wir Klimagerechtigkeit erreichen und sicherstellen, dass niemand im Kampf um unser Überleben zurückgelassen wird.“

# EWSA



## EWSA schlägt Maßnahmen zur Abwehr von Bedrohungen für die Demokratie in der EU vor

**Am 23. März erörterte der EWSA mit Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová Möglichkeiten zur Stärkung von Demokratien und demokratischen Werten in der Europäischen Union. Außerdem verabschiedete er eine Entschließung zu diesem Thema, in der praktische Vorschläge aufgezeigt werden. Politische Entscheidungsträger, Experten und Organisationen der Zivilgesellschaft waren sich darin einig, dass politische Bildung, eine bessere Finanzierung der Sozialpartner und eine Fokussierung auf die lokale Dimension für die Demokratie in Europa von entscheidender Bedeutung sind.**

„Der politische Wille wird bei der Europawahl 2024 auf die Probe gestellt werden, und bei der Mobilisierung von Erstwählern und jungen Wählerinnen und Wählern wird es auf Jugendorganisationen ankommen“, so EWSA-Präsidentin **Christa Schweng**. „Wir müssen aber weiter als bis zu den nächsten Wahlen denken. Wir müssen unsere Jugend besser

unterstützen, sie wieder in den demokratischen Prozess einbinden und sie dazu befähigen, sich als aktive Bürgerinnen und Bürger voll einzubringen.“

Kommissionsvizepräsidentin **Věra Jourová** würdigte die entscheidende Rolle der Organisationen der Zivilgesellschaft für den Schutz und die Förderung der Demokratie, die oft dort tätig sind, wo der Staat versagt hat. „Die aktive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger ist nicht nur erwünscht, sondern ein Muss“, sagte sie. „Die Demokratie wird gerade auf die Probe gestellt, wir müssen uns sehr viel stärker für ihren Schutz engagieren und das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen.“

Die Teilnehmer betonten, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft, einschließlich der Jugendorganisationen und des Freiwilligensektors, einen besseren Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten benötigen und an der Planung der Aufteilung dieser Mittel beteiligt werden müssen. Ferner waren sie sich einig, dass Querschnittskompetenzen das eigentliche Rückgrat einer partizipativen und deliberativen Demokratie sind.

Im Anschluss an die Debatte verabschiedete der EWSA die Entschließung [„Vereint für die Demokratie: Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und Organisationen der Zivilgesellschaft für eine tragfähige demokratische Zukunft“](#), die sich auf die [Empfehlungen der Tage der Zivilgesellschaft 2023](#) stützt. Die

Entschließung hat die Stärkung der Demokratie zum Ziel, was durch eine intensivere Beteiligung der Öffentlichkeit und die Stärkung der Strukturen für die partizipative Demokratie erreicht werden soll. Ferner wird die wirksame Umsetzung von Artikel 11 des Vertrags über die Europäische Union zur Bürgerbeteiligung gefordert, einschließlich einer europäischen Strategie für die Zivilgesellschaft und eines europäischen Statuts für Vereine. (tk)



## Die Lösung für die Energiekrise: erneuerbare Energien

**Wir müssen immer mehr in erneuerbare Energiequellen investieren, um Europa eine grünere, sicherere und erschwinglichere Zukunft zu sichern: Diese gemeinsame Überzeugung äußerten EWSA-Präsidentin Christa Schweng und die EU-Kommissarin für Energie Kadri Simson auf der EWSA-Plenartagung am 22. März 2023.**

**Frau Schweng** wies darauf hin, dass der dramatische Anstieg der Energiepreise, die Inflation und das geringe Wirtschaftswachstum den Bürgern und Unternehmen dieses Jahr große Probleme bereitet hätten. Sie erklärte, dass „die Bemühungen um eine Energiewende in Europa, die Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien, erschwingliche Energiepreise und die Sicherung und Diversifizierung unserer Energieversorgung für den EWSA nach wie vor vordringlich sind“.

**Frau Simson** erklärt mit Blick auf die Zukunft der EU-Energiepolitik: „Für mich lässt sich die Zukunft mit zwei Worten beschreiben: ‚Erneuerbare Energie‘. Denn erneuerbare Energien haben in der Energiepolitik für die Kommission oberste Priorität, damit wir unsere Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien voranbringen und verwirklichen können.“

Zum ersten Mal ist die EU nicht mehr von Energielieferungen aus Russland abhängig. Durch die Diversifizierung der Gasversorgung, die Senkung der Nachfrage, mehr Effizienz und den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien ist es der EU gelungen, ihre starke Abhängigkeit von Russland zu beenden.

39 % des Stroms in der EU werden jetzt aus erneuerbaren Quellen erzeugt. 2022 war ein Rekordjahr: Die EU hat mehr Strom aus Wind- und Solarenergie erzeugt als aus Gas, die Windenergieleistung ist um 15 GW und die Photovoltaikleistung um 41 GW gestiegen. (mp)



## EWSA erörtert integrative EU-Arbeitsmärkte mit der italienischen Ministerin Marina Calderone

**In einer Debatte mit Italiens Arbeitsministerin am 22. März unterstützte der EWSA die Initiative der Kommission, die Rolle und Unabhängigkeit der nationalen Gleichstellungsstellen bei der Beseitigung von Diskriminierungspraktiken auf den EU-Arbeitsmärkten zu stärken.**

Sowohl der EWSA als auch die Ministerin stimmen mit den Zielen des Kommissionsvorschlags für eine Richtlinie mit Standards für nationale Gleichstellungsstellen überein, die deren Wirksamkeit erhöhen sollen. Der Vorschlag geht auf die Tatsache zurück, dass es mit den geltenden Legislativmaßnahmen für Gleichstellung nicht gelungen ist, das EU-Recht zur Bekämpfung von Ungleichbehandlung und Diskriminierung angemessen durchzusetzen.

Der EWSA betont in seiner vom Plenum erörterten und verabschiedeten Stellungnahme zur [Stärkung der Rolle und Unabhängigkeit der Gleichstellungsstellen](#), dass ein angemessenes Gleichgewicht zwischen dem Subsidiaritätsprinzip und der Festlegung verbindlicher Standards für stärkere und wirksamere Gleichstellungsstellen angestrebt werden muss. Die italienische Ministerin schloss sich in der Debatte diesem Standpunkt an.

„Die Beteiligung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen am Arbeitsmarkt ist nicht nur eine Frage der Fairness. Sie ist aus wirtschaftlicher und sozialer Sicht überaus sinnvoll. Im EWSA sind wir jedoch weiter besorgt angesichts des in der Union immer noch uneinheitlichen Schutzes vor Diskriminierung und Ungleichheit und sprechen uns für robuste Überwachungsmechanismen in diesem Bereich aus, wozu auch eine Stärkung der nationalen Gleichstellungsstellen gehört“, erklärte EWSA-Präsidentin Christa Schweng.

Die italienische Regierung teilt nach Aussage von Ministerin **Calderone** das Ziel der Kommission, fordert jedoch Kohärenz mit bereits bestehenden nationalen Gleichstellungsinstrumenten und -stellen, z. B. mit den in Italien auf nationaler und regionaler Ebene tätigen Gleichstellungsbeiräten.

„Die Integration, um die es hier geht, muss genau so wie die laufende Debatte über die Reform der wirtschafts- und finanzpolitischen Steuerung der EU auch weiterhin im Mittelpunkt der europäischen Sozialagenda stehen. Wir wissen, wie schwer es immer noch ist, tatsächliche Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Einige Gesellschaftsgruppen sehen sich beim Zugang zum Arbeitsmarkt und zum Sozialschutz nach wie vor enormen Hindernissen gegenüber“, so Frau **Calderone**.

Die Ministerin betonte, dass das geschlechterspezifische Gefälle bei den Beschäftigungsquoten auf EU-Ebene immer noch über 10 Prozentpunkte beträgt. Es gebe kein einziges EU-Land ohne ein solches Gefälle, das stets den Frauen zum Nachteil gereiche. Die Arbeitssuche sei auch für junge Hochschulabsolventen sehr schwierig. Menschen mit Behinderungen, legal Eingewanderte und Flüchtlinge werden bei der Arbeitsplatzsuche und in puncto Fortbeschäftigung nach wie vor diskriminiert. (II)



## Nachhaltigkeitsziele: Vereinte Nationen sehen Schlüsselrolle für die Zivilgesellschaft

**Die Präsidentin des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (ECOSOC) sprach sich auf der Plenartagung des EWSA im März für eine starke Rolle der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Agenda 2030 aus.**

Botschafterin **Lachezara Stoeva**, Präsidentin des ECOSOC der Vereinten Nationen, machte deutlich, dass zivilgesellschaftliche Akteure unverzichtbare Partner bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDG) sind.

„Wir müssen uns hohe Ziele setzen; globale Herausforderungen erfordern entschiedene globale Antworten“, erklärte EWSA-Präsidentin **Christa Schweng**. „Die Zivilgesellschaft sollte beim Nachhaltigkeitsgipfel im September am Verhandlungstisch vertreten sein. Sie muss strukturierter und konkreter eingebunden werden“, fügte sie hinzu.

**Lachezara Stoeva**, Botschafterin bei den Vereinten Nationen, führte aus: „Ohne die Zivilgesellschaft können wir nichts erreichen. Die europäische Zivilgesellschaft hat beim zukunftsgerichteten Denken oft eine Vorreiterrolle übernommen. Als Einrichtung, in der viele verschiedene Interessenträger vertreten sind, kann der EWSA einen Beitrag dazu leisten und für eine ausgewogenere, gerechtere und bedarfsorientiertere öffentliche Politik sorgen.“

Der EWSA hat einen aktiven Beitrag zum ersten freiwilligen Überprüfungsbericht der EU über die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele geleistet, der beim hochrangigen politischen Forum im Juli vorgelegt wird. Insbesondere hat der Ausschuss als Sprachrohr der Zivilgesellschaft einen beispielhaften Beitrag geleistet, der anderen Regionen der Welt als Vorbild dienen könnte. (mt)

---



## Ein angemessenes Mindesteinkommen als Weg aus der Armut

**Der EWSA unterstützt den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Empfehlung des Rates für ein angemessenes Mindesteinkommen und begrüßt ihn als notwendigen Schritt zur Armutsbekämpfung und zur Erreichung des EU-Ziels für das Jahr 2030, die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen um mindestens 15 Millionen zu verringern.**

In der [Stellungnahme](#), die der EWSA auf seiner Plenartagung im März verabschiedete, wird insbesondere die Ansetzung realistischer und nicht übermäßig restriktiver Kriterien begrüßt, damit das Mindesteinkommen für alle zugänglich wird, und zwar in einer Höhe, die allen Menschen ein Leben in Würde ermöglicht und bei der niemand zurückgelassen wird.

Für eine ausreichende Höhe muss das Mindesteinkommen an die Inflation angepasst werden, die 2023 aufgrund der durch die Lebensmittel- und Energiepreiskrise gestiegenen Lebenshaltungskosten voraussichtlich um 6,5 % ansteigen wird. Daher schlägt der EWSA vor, dass die Mitgliedstaaten die Höhe des Mindesteinkommens unter Berücksichtigung der Inflation jährlich prüfen.

Dies sollte von zivilgesellschaftlichen und Wohlfahrtsorganisationen und den Sozialpartnern überwacht werden.

„Wirksame Mindesteinkommensregelungen können dazu beitragen, dass die Menschenrechte geachtet werden, Menschen in Würde leben können und ihnen dabei geholfen wird, aktiv und gesellschaftlich integriert zu bleiben und eine dauerhafte und gute Beschäftigung zu finden“, so **Jason Deguara**, der Berichterstatter für diese Stellungnahme, der hinzufügte, dass auch Selbständige uneingeschränkt Anspruch auf Mindesteinkommensleistungen und andere Sozialleistungen haben sollten.

Berichterstatter **Paul Soete** führte aus: „Ziel der EU ist es, bis 2030 die Zahl der von Armut bedrohten Menschen um mindestens 15 Millionen zu verringern. Auf den ersten Blick mag dieses Ziel nicht sonderlich ehrgeizig erscheinen, doch sind die Leitlinien für die Mitgliedstaaten und die solide methodische Grundlage ganz sicher ein großer Schritt nach vorn.“

In Bezug auf die Höhe und Zusammensetzung des Mindesteinkommens bestehen zwischen den Sozialstaaten generell und auch in der EU große Unterschiede. Die Arbeitsmarktsituation der Bezieher von Mindesteinkommen unterscheidet sich in den einzelnen Mitgliedstaaten erheblich.

In keinem EU-Mitgliedstaat gibt es derzeit eine angemessene Einkommensunterstützung für arbeitslose Familien zur Vermeidung von Armutsrisiken. Aufgrund von Anspruchskriterien etwa in Bezug auf das Mindestalter, die Dauer des Aufenthalts im Land, einen fehlenden festen Wohnsitz von Obdachlosen oder die Familienzusammensetzung haben derzeit ca. 20 % der Arbeitslosen gar keinen Anspruch auf Mindesteinkommensleistungen.

Ein anderes Problem ist, dass das Mindesteinkommen größtenteils aufgrund administrativer Hürden nicht in Anspruch genommen wird. Schätzungen zufolge betrifft dies 30 % bis 50 % der Anspruchsberechtigten. (II)



## Strategische Vorausschau 2022: der EWSA muss bei der Ermittlung künftiger Trends und Risiken für die EU stärker beteiligt werden

**Im März unterstrich der EWSA als Reaktion auf den Bericht der Europäischen Kommission über Trends und Themen im Fokus, dass er einen viel größeren Beitrag leisten kann, wenn er von Anfang an in die Vorausschau einbezogen wird.**

In seiner auf der Plenartagung im März verabschiedeten [Stellungnahme](#) zur [strategischen Vorausschau 2022](#) betonte der EWSA, dass er die Analyse- und Vorausschaukapazitäten der EU stärken kann. Der EWSA ist als „Augen und Ohren“ der Zivilgesellschaft am besten in der Lage, aufkommende Trends zu erkennen. Ausdruck dafür ist auch die von ihm signalisierte Bereitschaft, frühzeitig zu der bevorstehenden strategischen Vorausschau 2023 beizutragen.

Der Berichterstatter, **Angelo Pagliara**, erläuterte einige der Prämissen der Stellungnahme: „Viele der im Bericht der Kommission aufgegriffenen Themen wurden bereits in früheren Stellungnahmen des EWSA behandelt. Er verfügt hier über sehr umfangreiche Fachkenntnisse und Erfahrungen. Der EWSA ist ein wichtiger Ansprechpartner und muss deshalb stärker eingebunden werden, denn er kann hier brauchbare Unterstützung leisten.“

In der strategischen Vorausschau 2022 wird untersucht, wie die Klimaziele der EU und ihre potenziell kontroversen digitalen Ziele am besten miteinander vereinbart werden können. In zehn Schlüsselbereichen sind Maßnahmen erforderlich, um Synergien und Kohärenz zu maximieren. Der EWSA fordert eine strategische Vorausschau, die auf ein neues Entwicklungsmodell ausgerichtet ist, das wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeit miteinander verknüpft und den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Eine der zentralen Schwachstellen der Vorausschau 2022, auf die der EWSA hingewiesen hat, ist das Fehlen einer klaren Beschreibung der Risiken und Szenarien für den Fall, dass die EU ihre Ziele in Bezug auf die Verfügbarkeit von Rohstoffen, Seltenerdmetallen und Wasserressourcen nicht erreicht.

Im Hinblick auf die strategische Vorausschau 2023 mit dem Schwerpunkt eines sozial und wirtschaftlich nachhaltigen Europas, die die Kommission voraussichtlich im zweiten Quartal 2023 veröffentlichen wird, betont der EWSA folgende Bereiche:

- die Versorgungssysteme und die Resilienz des europäischen Agrar- und Lebensmittelsektors;
- ein starkes, kohärentes und innovatives europäisches Industriesystem, das hochwertige Arbeitsplätze schaffen kann;
- die Notwendigkeit strategischer Energieautonomie und der Unterstützung von Unternehmen und Beschäftigten im Anschluss an die während der Pandemie konzipierten Maßnahmen. (dm)



## EWSA plädiert für Schutz humanitärer Akteure und der Zivilgesellschaft in den EU-Sanktionsvorschriften

**In einer auf der März-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme fordert der EWSA die europäischen Institutionen nachdrücklich dazu auf, sich mit dem Problem der uneinheitlichen Umsetzung außenpolitischer Sanktionen in den Mitgliedstaaten zu befassen. Der EWSA ist besorgt über diese Widersprüche und fordert Sofortmaßnahmen für humanitäre Hilfe und zum Schutz von Journalisten in den sanktionierten Regimen.**

Der Rat der Europäischen Union verhängt im Namen aller Mitgliedstaaten außenpolitische Sanktionen. Deren Umsetzung und Durchsetzung erfolgt derzeit jedoch dezentral. Dies hat zu einem Flickenteppich unterschiedlicher Definitionen, Anwendungsbereiche, Strafen und

Ermittlungskapazitäten in den Mitgliedstaaten geführt. Diese Fragmentierung untergräbt die Wirksamkeit der EU-Sanktionen und birgt die Gefahr, die Union zu spalten. Dabei werden in einigen Ländern Sanktionsverstöße weniger streng behandelt als in anderen. Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission eine Richtlinie zur Vereinheitlichung der Straftaten und Strafen bei Sanktionsverstößen vorgeschlagen.

In seiner Stellungnahme „Verstoß gegen Sanktionen/EU-Straftatbestände“ legt der EWSA den EU-Institutionen nahe, die Ausnahmeregelungen für humanitäre Akteure auszuweiten, um negative Folgen für humanitäre Hilfe und Unterstützung zu vermeiden. „Wir wollen die humanitäre Hilfe für Bedürftige, die unter sanktionierten Regimen leben, wahren“, so EWSA-Mitglied und Berichterstatter für die Stellungnahme **José Antonio Moreno Díaz**. „Wir fordern eine ständige Ausnahmeregelung für humanitäre Hilfe. Es muss sichergestellt werden, dass Mitarbeitern von Hilfsorganisationen bei ihrer Arbeit keine strafrechtliche Verfolgung droht.“

Der EWSA betonte, dass angemessene Informationen und die proaktive Unterstützung des Privatsektors sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen erforderlich sind, damit sich diese an die neuen Rechtsvorschriften anpassen und den Sanktionsregelungen entsprechen können. Die Mitgliedstaaten müssen über ausreichende Verwaltungskapazitäten, Finanzmittel und geschultes Personal verfügen, um Sanktionsverstöße aufzudecken, zu verfolgen und zu ahnden. (gb)

---



## Bewältigung der Düngemittelkrise in Europa: Maßnahmen zur Sicherstellung von Verfügbarkeit, Erschwinglichkeit und Nachhaltigkeit

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) verabschiedete auf seiner Plenartagung im März eine Stellungnahme zur EU-Strategie für Düngemittel, in der er sich für Verfügbarkeit, Erschwinglichkeit und Nachhaltigkeit ausspricht.

Die weltweite Düngemittelkrise hat in Europa zu einer kritischen Lage geführt. Sie fordert die Landwirte durch Rekordpreise und Lieferengpässe auf beispiellose Weise heraus. Die Krise wurde durch den Krieg in der Ukraine noch verschärft und ist so zu einer ernsthaften Bedrohung für die europäische Landwirtschaft und die weltweite Ernährungssicherheit geworden.

Auf seiner Plenartagung im März begrüßte der EWSA die Mitteilung der Kommission „Sicherstellung der Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Düngemitteln“ und hob die Notwendigkeit nationaler Sofortmaßnahmen hervor, um die Folgen der Krise einzudämmen.

„Die Landwirte müssen hohe Preise für Düngemittel zahlen, was sich in der Folge auch auf die Verbraucher auswirken wird. Wir begrüßen die Mitteilung der Europäischen Kommission über die Sicherstellung der Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Düngemitteln. Allerdings muss den Auswirkungen der Krise auch durch Sofortmaßnahmen und längerfristiges Handeln begegnet werden,“ so **Arnold Puech d'Alissac**, Berichterstatter für die [Stellungnahme des EWSA](#).

Der EWSA hat einige Abhilfemaßnahmen angeregt, um den EU-Markt für Düngemittel zu verbessern, darunter die direkte Unterstützung der am stärksten betroffenen Stickstoffhersteller und Landwirte durch staatliche Beihilfen.

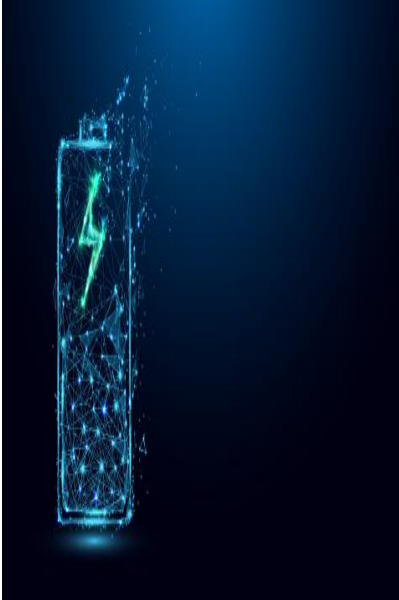
Der Ausschuss betont jedoch außerdem, dass die Versorgung mit Düngemitteln und die Preisbildung mithilfe von Einfuhrerleichterungen und durch inländischen Wettbewerb verbessert werden muss. Dies kann durch eine Aussetzung der Einfuhrzölle auf sämtliche Düngemittel, eine verbesserte Düngemittellogistik sowie eine flexiblere Regulierung erreicht werden.

Neben Sofortmaßnahmen hat der EWSA auch mittelfristige Lösungen gefordert, um die Abhängigkeit der EU von importierten mineralischen Düngemitteln zu begrenzen und den ökologischen Fußabdruck der Pflanzendüngung zu verringern.

Der EWSA begrüßte ebenfalls die für 2023 angekündigte neue Marktbeobachtungsstelle für Düngemittel. Sie verspricht mehr Transparenz auf dem europäischen Düngemittelmarkt durch die regelmäßige Veröffentlichung repräsentativer Inlandspreise und durch Statistiken über die Produktion und den Einsatz von Düngemitteln.

Der EWSA dringt darauf, dass sich die EU international stärker für die globale Ernährungssicherheit engagiert, indem bei Düngemitteln für mehr Transparenz, ein besseres Angebot und eine wirksame Verwendung gesorgt wird. Der weltweite Handel mit Düngemitteln sollte durch offene Märkte, die

Vermeidung von Ausfuhrbeschränkungen und -verboten, die Steigerung der Düngemittelproduktion in Europa und die Erweiterung der Logistikrouten erleichtert werden. (ks)



## Bei effizientem Einsatz können digitale Energiesysteme echte Vorteile bringen

**Der Einsatz digitaler Energiesysteme wird immer noch durch zu viele Hindernisse ausgebremst. Intelligenteren Lösungen sind schwer in die Praxis umzusetzen, insbesondere aufgrund langwieriger Verwaltungsverfahren, mangelnder wirksamer Anreize und der fehlenden Flexibilität des Übertragungs- und Verteilungsnetzes infolge unzureichender Investitionen in die Energieinfrastruktur.**

So lauten die wichtigsten Schlussfolgerungen, die der EWSA in seiner Stellungnahme „Digitalisierung des Energiesystems – EU Aktionsplan“ formuliert hat.

Die [Stellungnahme](#) von Berichterstatter **Thomas Kattnig** und Ko-Berichterstatter **Zsolt Kükedi** wurde auf der März-Plenartagung verabschiedet.

Insgesamt unterstützt der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) die Ziele des Aktionsplans der Europäischen Kommission und die meisten der darin vorgeschlagenen Maßnahmen. Der EWSA ist jedoch der Ansicht, dass es die Kommission versäumt hat, den Aktionsplan in die Energiepolitik insgesamt zu integrieren, und sie einen isolierten Ansatz verfolgt. Die Digitalisierung des Energiesystems muss zu kooperativen Lösungen führen, mit denen Anreize für die Nutzerinnen und Nutzer gesetzt werden, sich am digitalisierten Energiesystem zu beteiligen.

Bei der künftigen Gestaltung der Energieinfrastruktur müssen alle Verbraucher aktiv in die Entwicklung intelligenter Energiesysteme einbezogen werden. „Die Rolle aktiver Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Digitalisierung muss unbedingt gestärkt werden und sie sollten ermutigt und befähigt werden, möglichst viele intelligente Lösungen zu nutzen“, führte **Herr Kükedi** aus.

Zudem besteht die Gefahr, dass neue datengesteuerte Dienste und innovative technologische Lösungen nicht schnell genug umgesetzt werden, da nicht genug qualifizierte Arbeitskräfte und ausgebildete Fachkräfte für die Einführung zur Verfügung stehen. Zur Erreichung dieser Ziele müssen gezielte arbeitsmarkt- und bildungspolitische Maßnahmen ergriffen werden. „Erforderlich sind ein koordinierter Ansatz und eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern. Eine Einbeziehung der Organisationen der Zivilgesellschaft ist unerlässlich“, erklärte **Herr Kattnig**. (mp)



## Kapitalmarktunion: EWSA nimmt zu den neuen Anforderungen für die Börsennotierung und zur Überarbeitung der EMIR-Verordnung Stellung

**Der EWSA verabschiedete am 23. März zwei Stellungnahmen zu den jüngsten Kommissionsvorschlägen zur Weiterentwicklung der lückenhaften und weitgehend unvollendeten Kapitalmarktunion. Es handelt sich um ein neues Gesetz zur Börsennotierung und die Überarbeitung der Verordnung über europäische Marktinfrastrukturen (EMIR).**

Mit dem neuen Rechtsakt über die Börsennotierung will die Kommission den dafür erforderlichen Verwaltungsaufwand für Unternehmen jeder Größe, insbesondere für KMU, verringern und ihnen so die Kapitalbeschaffung durch die Börsennotierung an den europäischen Kapitalmärkten erleichtern.

Der EWSA begrüßt die Initiative, da eine stärkere Eigenkapitalfinanzierung und geringere Abhängigkeit europäischer Unternehmen von Bankkrediten für die Erholung nach der Pandemie und zum Aufbau eines widerstandsfähigen Wirtschaftssystems entscheidend sind. Nach Auffassung des EWSA könnten Familienunternehmen durch einen Börsengang bislang ungenutzte Möglichkeiten zur Mobilisierung von Wachstumskapital erschließen.

Laut EWSA-Berichterstatter **Kęstutis Kupšys** „hilft die Mehrstimmrechtsregelung Eignerfamilien dabei, die Kontrolle zu behalten. So wird die Börsennotierung für sie attraktiver. Außerdem muss der Inhalt des Prospekts gestrafft werden, um die Kosten und den Aufwand für die Emittenten deutlich zu verringern. Nur auf Englisch vorliegende Emissionspapiere, wie sie die Kommission vorschlägt, behindern jedoch die Entwicklung einer nationalen Anlagebasis für Kleinanleger.“

Die Kommission hat auch eine neue Verordnung über europäische Marktinfrastrukturen (EMIR) vorgeschlagen, mit der die Clearingkapazitäten in der EU verbessert werden sollen. In Bezug auf die EMIR-Verordnung hätte der EWSA mehr Entschlossenheit zur Verringerung der Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien (CCP) im Vereinigten Königreich sowie spezifischere Vorschriften und Anreize erwartet, um nach dem Brexit den Übergang zu CCPs mit Sitz in der EU zu fördern.

EWSA-Berichterstatter **Florian Marin** erklärte: "Es fehlt ein klarer Plan mit konkreten Maßnahmen zur Schaffung eines wettbewerbsorientierten und konsolidierten Clearingsmarktes. Leider wurde der derzeitige Rahmen nicht nach fünf Jahren einer Bewertung unterzogen. Der EWSA schlägt vor, dass die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) ein Jahr nach Inkrafttreten der Verordnung einen Bericht über die Gründe für die Inanspruchnahme von Drittstaaten-CCPs vorlegt." (tk)



## Your Europe, Your Say! 2023: Junge Menschen wollen eine transparentere, digitalere und unkompliziertere EU

**EYou-App für einen besseren Zugang junger Menschen zur EU - dieser Vorschlag der wichtigsten Jugendveranstaltung erhält den größten Zuspruch.**

Die 105 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe aus 35 Schulen aller Mitgliedstaaten und den sieben Kandidatenländern, die am 23./24. März zur Jugendplenartagung in Brüssel zusammenkamen, formulierten die folgenden fünf Empfehlungen:

1. **„EU simplified - EYou app“**: – eine App für junge Menschen, um direkt mit Politikern und der Zivilgesellschaft in Kontakt zu treten, Interessensschwerpunkte auszuwählen und die neuesten Entwicklungen vor Ort mitzuverfolgen;
2. Eine **„E-Youth“**-Plattform für Informationen über die EU, die Politik für jüngere Generationen einfach darstellt und ihnen so ein Forum bietet, auf dem sie sich zu Wort melden können;
3. Eine **„EYout(h)rust“**-Plattform zur Erhöhung der Transparenz der Politik auf lokaler, nationaler und EU-Ebene;
4. Das Projekt **„Youth Democratic Opinion (YDO)“**, mit dem die Qualität der politischen Bildung und des Engagements in Europa durch ein EU-Botschafterprogramm verbessert werden soll. Dafür sollen die Standpunkte junger Menschen zusammengetragen und Empfehlungen für politische Entscheidungsträger formuliert werden;
5. Mehr **EU-finanzierte Initiativen VON jungen Menschen FÜR junge Menschen.**

„Was sind Ihre Erwartungen und Ihre Hoffnungen für die Zukunft Europas?“ fragte EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** die an der Veranstaltung teilnehmenden Schülerinnen und Schüler. „Wenn die EU neue Herausforderungen bewältigen will, muss sie jungen Menschen zuhören und offen für neue Ideen sein.“

Der für Kommunikation zuständige Vizepräsident des EWSA, **Cillian Lohan**, versicherte den Schülerinnen und Schülern, dass der EWSA ihre Empfehlungen auf dem vom Europäischen Parlament ausgerichteten Europäischen Jugendevent „EYE“ im Juni 2023 in Straßburg einbringen wird. „Wenn unsere Gesellschaft beginnt, Risse zu zeigen, oder wenn sie gefährdet ist, müssen wir unsere alltäglichen Belange hintanstellen und aktiv werden“, so Vizepräsident **Lohan**. „Das haben Sie heute getan, und dafür danke ich Ihnen!“

Aus den Debatten ging hervor, dass die jungen Menschen den Eindruck haben, dass ihre Meinungen in der Europäischen Union nicht gehört werden. EWSA-Mitglied **Neža Repanšek** versicherte den Schülerinnen und Schülern, dass diese Frustration ein guter Ausgangspunkt für Veränderungen ist: „Mein Wille, mich aktiv zu beteiligen, entstand aus Frustration. Von jungen Menschen als Gruppe kann eine enorme Kraft ausgehen.“

An der 14. Jugendplenartagung unter dem Motto „Jugenddialoge über Demokratie“ nahmen zum ersten Mal auch Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine und aus Moldau teil. (gb/tk)

# AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



## Neue Prioritäten der Gruppe Arbeitgeber im EWSA: Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand für alle

von der Gruppe Arbeitgeber

**Die Gruppe Arbeitgeber des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) hat ihre politischen Prioritäten für 2023 und darüber hinaus festgelegt. In dem Strategiepapier „Mehr Wohlstand für alle: Eine Agenda für die Wettbewerbsfähigkeit der EU“ führt die Gruppe eine Reihe von Maßnahmen auf, die für die Wiederherstellung des Vertrauens der Wirtschaft und zur Förderung des Wohlstands für alle erforderlich sind.**

„Tagein, tagaus leisten Unternehmen einen Beitrag zum Gemeinwohl. Sie sind ein integraler Bestandteil der Gesellschaft und spielen eine entscheidende Rolle: Sie schaffen Arbeitsplätze und stellen, auch in Krisenzeiten, nachhaltige Waren und Dienstleistungen bereit, die die Lebensqualität der Menschen verbessern“, so der Vorsitzende der Gruppe Arbeitgeber, **Stefano Mallia**. „Damit Unternehmen auch in Zukunft einen wertvollen Beitrag leisten, brauchen wir eine EU-Agenda für Wettbewerbsfähigkeit“.

In dem Dokument skizziert die Gruppe einen neuen wirtschaftlichen und industriellen Weg für alle Unternehmen (Industrie, Dienstleistungen und Landwirtschaft). Ausgehend von zwei Säulen – Schaffung von Gemeinwohl und Konzentration auf das Wesentliche – fordert die Gruppe Arbeitgeber Maßnahmen in drei Handlungsbereichen:

Erstens muss der Zugang zu grundlegenden Produktionsressourcen zu wettbewerbsfähigen Preisen gewährleistet werden. Dies gilt gleichermaßen für Energie, Rohstoffe, Arbeit, Kapital und Daten. Es geht um bessere Bedingungen für die inländische Energieerzeugung und Rohstoffgewinnung sowie für den Aufbau resilienter Ökosysteme und die

Diversifizierung ausländischer Lieferquellen. Gleichzeitig gilt es aber auch, durch die Förderung von Mobilität und wirtschaftlicher Migration die Verfügbarkeit angemessen qualifizierter Arbeitskräfte zu gewährleisten

und wirksame Systeme des lebenslangen Lernens zur Vorbereitung auf den Wandel auf den Weg zu bringen.

Zweitens müssen offene Märkte mit gleichen Regeln gewährleistet werden. Aufbauend auf den Ergebnissen und Fortschritten der letzten 30 Jahre des Binnenmarktes muss die EU Markthindernisse kontinuierlich und entschlossen ermitteln und systematisch beseitigen, ohne dabei neue Hindernisse zuzulassen. Die Mitgliedstaaten müssen sich an gemeinsame Regeln halten und eine Überregulierung sowie neue nationale Vorschriften vermeiden, die im Widerspruch zu den EU-Vorschriften stehen. Auf diese Weise lassen sich eine Fragmentierung des Marktes und der Verlust seiner Größenvorteile verhindern.

Der dritte Punkt betrifft die Gewährleistung einer unternehmensfreundlichen Regulierung und Besteuerung. Unternehmen brauchen einen politischen Rahmen, der Unternehmertum fördert und den Unternehmen Anreize für Innovation, Investitionen und Handel bietet. Diese Anforderung gilt gleichermaßen für die Regulierung, Besteuerung und die Zuweisung öffentlicher Mittel. Die Einbettung eines Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit in die Entscheidungsprozesse, die die Arbeitgeber seit zwei Jahren fordern, ist Teil der Lösung. Auch eine Verkürzung der Genehmigungsverfahren würde Standortverlagerungen verhindern und den Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit beschleunigen.

Das vollständige Strategiepapier können Sie [hier](#) einsehen und herunterladen.



## [Die Bedeutung der Sozialpolitik und der Zivilgesellschaft für den künftigen spanischen EU-Ratsvorsitz](#)

**von der Gruppe Arbeitnehmer**

**Spanien will die soziale Dimension der EU in den Mittelpunkt seines sechsmonatigen Ratsvorsitzes stellen, was sich in einer Rekordzahl von Konsultationen für den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zu einigen der wichtigsten aktuellen sozialen Fragen niederschlägt.**

Spanien wird den EU-Ratsvorsitz im Juli übernehmen, in der Schlussphase der Amtszeit Ursula von der Leyens, die mit der Europawahl 2024 enden wird. Zum Ende dieser Wahlperiode, aber auch mit Blick auf die Prioritäten der nächsten hat Spanien deutlich unterstrichen, welche sozialen Aspekte Europa angehen sollte, und klar seinen Willen bekundet, einige der umstrittensten Dossiers zu sozialen Fragen aufzugreifen und voranzutreiben.

Deshalb dürfte es auch nicht überraschen, dass Spanien den EWSA um eine außergewöhnliche Zahl von Sondierungsstellungen ersucht hat – nicht weniger als 20. Diese Stellungnahmen reichen vom Protokoll über den sozialen Fortschritt, für das sich der EWSA auf der Konferenz zur Zukunft Europas eingesetzt hat (und das schließlich in die Empfehlungen aufgenommen wurde), über die Themen Demokratie am

Arbeitsplatz, grüne Tarifverhandlungen, psychische Gesundheit und Prekarität bis hin zum Vorschlag für ein Verfahren bei sozialen Ungleichgewichten. Der EWSA ist bereits dabei, einige dieser Stellungnahmen abzuschließen, weshalb er von Anfang an einen Beitrag zum politischen Prozess leisten können wird. (ppr)



## Armutsbekämpfung: EU braucht Politik, die vor Armut schützt

von der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft

**Die Eindämmung der Armut in der EU ist ein äußerst große und komplexe Aufgabe, die nicht von Basisorganisationen allein geschultert werden kann. Vielmehr ist ein ganzes Spektrum von Maßnahmen notwendig, so das Fazit einer unlängst von unserer Gruppe organisierten Debatte.**

Armut ist in der EU und der übrigen Welt nach wie vor ein ungelöstes Problem. Angesichts der seit Beginn des Krieges in der Ukraine erheblich gestiegenen Lebenshaltungskosten ist die Armutsbekämpfung nun

wichtiger denn je. Die Organisationen der Zivilgesellschaft leisten einen bedeutenden Beitrag zur Eindämmung der Folgen von Armut. Es kommt jedoch vor allem darauf an, die künftigen politischen Maßnahmen so zu gestalten, dass sie vor Armut schützen. Dies ist das Fazit einer von der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft des EWSA am 22. März 2023 organisierten Debatte. Zu den hochrangigen Gastrednern auf dieser Veranstaltung zählte u. a. die italienische Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik **Marina Elvira Calderone**.

**Séamus Boland**, Vorsitzender der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft, wies darauf hin, dass 2021 jeder Fünfte in Europa von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht war (laut Eurostat entspricht das 95,4 Millionen Menschen bzw. 21,7 % der EU-Bevölkerung). Deshalb darf die Politik auf allen Ebenen nicht übersehen, dass Armut in der EU nach wie vor ein Problem ist. „Niemanden zurücklassen – dieser Leitsatz muss weiter aktuell bleiben“, betonte er. Armut wurde als der Hauptgrund für den Ausschluss von Menschen von Arbeit, Bildung und grundlegender Gesundheitsversorgung genannt. Sie ist die wichtigste Ursache für soziale Ausgrenzung und Ungleichheit.

Ministerin **Calderone** betonte in ihrem Redebeitrag, dass die Armutsbekämpfung erhebliche Investitionen in soziale und berufliche Netze erfordert, um Menschen auf einen Entwicklungsweg zu bringen, der ihre Chancen verbessert. „Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass die Behörden eigene Initiativen der Bürgerinnen und Bürger durch geeignete rechtliche Rahmenbedingungen fördern, damit neue Organisationsformen entstehen können“, so Frau Calderone. „Wir alle müssen auf die verschiedenen Formen der Armut und die jeweiligen Bedürfnisse der Regionen reagieren.“

Carlos **Susias**, Vorsitzender des Europäischen Netzes gegen Armut (EAPN), betonte die Verantwortung der ...

Mehr dazu finden Sie auf unserer [Website](#) (jk)

# SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS



## Tag der offenen Tür der EU wieder in Präsenz

**Der traditionelle Tag der offenen Tür findet am Samstag, den 6. Mai, wieder in Präsenz statt. Der EWSA wird ebenso wie die anderen EU-Institutionen für die Öffentlichkeit und damit allen offenstehen, die sich über die EU informieren möchten.**

Nach einer langen Pause aufgrund der Pandemie haben die Besucherinnen und Besucher nun wieder die Gelegenheit, mehr über den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und seine Aufgabe als einzige Vertretung der organisierten Zivilgesellschaft auf EU-Ebene zu erfahren. Mitglieder und Personal werden sie willkommen heißen und ihre Fragen beantworten.

Da 2023 zum Europäischen Jahr der Kompetenzen ausgerufen wurde, wird der diesjährige Schwerpunkt auf den Möglichkeiten des lebenslangen Lernens liegen.

Das Jacques-Delors-Gebäude in Brüssel steht den Gästen am Samstag, den 6. Mai, von 10 bis 18 Uhr offen.  
(mp)

## Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)  
Daniela Marangoni (dm)

## Beiträge zu dieser Ausgabe von

Millie Tsoumani (mt)  
Chrysanthi Kokkini (ck)  
Daniela Marangoni (dm)  
Daniela Vincenti (dv)  
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)  
Giorgia Battiato (gb)  
Jasmin Kloetzing (jk)  
Katerina Serifi (ks)  
Katharina Radler (kr)  
Laura Lui (ll)

Marco Pezzani (mp)  
Margarita Gavanas (mg)  
Margarida Reis (mr)  
Pablo Ribera Paya (prp)  
Thomas Kersten (tk)

## Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)  
Giorgia Battiato (gb)

Technical support  
Bernhard Knoblach (bk)  
Joris Vanderlinden (jv)

## Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss  
Jacques Delors Building,  
99 Rue Belliard,  
B-1040 Brussels, Belgium  
Tel. (+32 2) 546.94.76  
E-Mail: [eescinfo@eesc.europa.eu](mailto:eescinfo@eesc.europa.eu)

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.  
EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.  
EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.  
Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

05/2023